

## PRESSEMITTEILUNG

vom 23. Oktober 2008



FRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

Schulstraße 1  
41460 Neuss  
Tel: +49 (2131) 1666-81  
Fax: +49 (2131) 1666-83  
fraktion@gruene-kreisneuss.de

### **GRÜNE: Auch CDU-MdL stimmen für Linsens Sparkassen"reform": Landesregierung gefährdet stabile Strukturen**

Seit fast einem Jahr laufen der deutsche Städtetag, der Landkreistag, der Städte- und Gemeindebund und die Spar- und Giroverbände Sturm gegen den Gesetzentwurf zur Novellierung des Sparkassengesetzes. Nicht nur die Opposition im Landtag, sondern auch viele CDU-Oberbürgermeister und CDU-Landräte wehren sich dagegen, dass mit diesem Entwurf perspektivisch eine Privatisierung der Sparkassen ermöglicht wird.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Konten sowie für die Versorgung des Mittelstands mit Krediten von besonderer Wichtigkeit. Daher hat die GRÜNE Landtagsfraktion erneut einen Vorstoß unternommen, damit die Landesregierung ihre Pläne beerdigt.

Über diesen Antrag gab es eine namentliche Abstimmung. Viele Verwaltungsräte (so auch der Verwaltungsrat der Sparkasse Neuss) und die Sparkassen- Zweckverbandsversammlung haben die Landesregierung aufgefordert, den von Finanzminister Linsen vorgelegten Gesetzentwurf nicht zu verabschieden.

Das alles scheint die CDU-Landtagsabgeordneten Sahnen, Kress und Lienenkämper nicht zu beeindrucken.

Denn trotz der massiven, so auch vom Bürgermeister der Stadt Neuss, Herbert Napp (CDU), hier in der Region getragenen Kritik haben sie im Landtag für die Fortsetzung des Beratungsverfahrens und damit für den Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen gestimmt.

Hierzu erklärt Erhard Demmer, Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss: "In der aktuellen Finanzmarktkrise erweisen sich die kommunalen Sparkassen als Hort der Stabilität. Während in der ganzen Welt Banken verstaatlicht werden, treibt die CDU/FDP-Landesregierung ein Gesetz voran, das perspektivisch die Privatisierung der Sparkassen ermöglicht. In Zeiten, in denen andere Länder ganze Banken verstaatlichen, ist es besonders absurd, einen funktionierenden öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor in Frage zu stellen."

Und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Susanne Stephan-Gellrich, ergänzt: "Es ist schlimm genug, dass die Herren Sahnen, Kress und Lienenkämper das alles nicht zu interessieren scheint. Empörend aber ist, dass sie sich über das einhellige Votum der Sparkassen-Gremien hinwegsetzt. Wir werden dafür sorgen, dass dieses Verhalten im Kreistag zur Sprache kommt."